

Antrag 323/II/2022**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Berlin Vermietet Fair, „Mit gutem Beispiel vorangehen“**

1 Wir fordern die SPD Mitglieder im Berliner Abgeordne-
 2 tenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat auf, sich dafür
 3 einzusetzen, dass alle sechs landeseigenen Wohnungs-
 4 baugesellschaften das Leitbild "Fair mieten- fair wohnen"
 5 unterzeichnen und in ihrem Unternehmen eine Stelle
 6 für eine:n Antidiskriminierungsbeauftragte:n einzurich-
 7 ten. Darüber hinaus sollen die Landeseigenen Konzepte
 8 entwickeln, wie diskriminierendem Verhalten in der Nach-
 9 barschaft begegnet werden kann. Nachbarschaftskonflik-
 10 te beruhen nicht selten auf diskriminierendem Verhalten.
 11 Hier müssen auch Hausordnungen kritisch evaluiert wer-
 12 den, damit Betroffene von diskriminierendem Verhalten
 13 gestärkt werden.

14

15 Begründung

16 Mit der Stelle des Antidiskriminierungsbeauftragten er-
 17 halten Betroffene eine:n festen Ansprechpartner:in. Bis-
 18 her verfügt nur eine Landeseigene (degewo) über die Stel-
 19 le eine:s Antidiskriminierungsbeauftragte:n.

20

21 Das Leitbild "Fair mieten-fair wohnen" richtet sich an Ver-
 22 mieter:innen für eine diskriminierungsfreie Wohnungs-
 23 bewerbung, -vergabe, -vermietung und -verwaltung. Es
 24 wurde von der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung
 25 auf dem Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit Ak-
 26 teur:innen der Zivilgesellschaft und Wohnungswirtschaft
 27 entwickelt. Die Unterzeichnung des Leitbilds ist nicht nur
 28 ein Bekenntnis, sondern beinhaltet auch die Auseinander-
 29 setzung mit diskriminierungsfreien Praktiken rund um die
 30 Vermietung von Wohnraum. Die Unterzeichnung durch
 31 die Landeseigenen, die über fast 350.000 Wohnungen in
 32 der Stadt verfügen, würde nicht nur eine Auseinander-
 33 setzung im Hinblick auf diskriminierende, interne Struk-
 34 turen bedeuten, sondern auch ein deutliches Zeichen für
 35 die privaten Vermieter:innen sein, sich dem Leitbild anzu-
 36 schließen. Dadurch könnte vielen Berliner:innen, die von
 37 Diskriminierung im Rahmen der Vermietung oder in ihrer
 38 Hausgemeinschaft betroffen sind, Unterstützung erhal-
 39 ten. Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
 40 Behinderung, LSBTI*-Personen, Alleinerziehende, straffäl-
 41 lig gewordene Menschen und andere Gruppen erfahren,
 42 sowohl auf struktureller als auch auf individueller Ebene,
 43 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Sowohl bei
 44 der Suche nach Wohnraum als auch im nachbarschaftli-
 45 chen Umfeld erschwert Diskriminierung vielen Menschen
 46 das Leben. Die "Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung
 47 auf dem Wohnungsmarkt" beobachtet, unter anderem
 48 aufgrund des stark angespannten Wohnungsmarktes in

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die SPD Mitglieder im Berliner Abgeordneten-
 haus und die SPD-Mitglieder im Senat auf, sich dafür ein-
 zusetzen, dass alle sechs landeseigenen Wohnungsbau-
 gesellschaften das Leitbild "Fair mieten- fair wohnen" un-
 terzeichnen und in ihrem Unternehmen eine Stelle für ei-
 ne:n Antidiskriminierungsbeauftragte:n einzurichten.
 Alle landeseigenen Unternehmen sind aufgefordert Um-
 setzungskonzepte zu entwickeln, wie diskriminierendem
 Verhalten in der Nachbarschaft begegnet werden kann.

49 der Stadt, eine Zunahme der Fälle in den vergangenen Jah-
50 ren. Auch eine steigende Dunkelziffer ist zu vermuten.

51

52 Eine Grundlage zum Schutz gegen Diskriminierung im
53 Wohnungsmarkt ist durch das Allgemeine Gleichbehand-
54 lungsgesetz bei Vermietung als Massengeschäft bereits
55 gegeben. Auch kann rassistische Belästigung durch Nach-
56 barn nach dem StGB geahndet werden.

57

58 Die Hürden zur Anwendung dieser gesetzlichen Regelun-
59 gen sind allerdings für Betroffene vergleichsweise hoch.
60 Um Betroffenen effektiver zu ihren Rechten zu verhel-
61 fen, fordern wir eine Stärkung niedrigschwelliger Mög-
62 lichkeiten zur Abhilfe gegen Diskriminierung innerhalb
63 der Strukturen im Wohnungsmarkt. Von Diskriminierung
64 betroffene Menschen sollten klar zuständige Ansprech-
65 stellen haben bei Vermietern haben, insbesondere öffent-
66 liche Wohnbaugesellschaften sollten mit gutem Beispiel
67 vorangehen. Deshalb fordern wir Antidiskriminierungs-
68 beauftragte, beziehungsweise Antidiskriminierungsstel-
69 len bei allen öffentlichen Wohnbaugesellschaften Berlins
70 genauso wie die Unterzeichnung des Leitbildes durch die
71 Landeseigenen.